

ÄNDERUNGSANTRAG

der Fraktion von SPD - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion
Drucksache 00711/2011

Kostenloses Parken für Elektrofahrzeuge

Die Stadtvertretung möge beschließen:

1.) Die Überschrift des Antrages „Kostenloses Parken für Elektrofahrzeuge“ auf Drucksache 00711/2011 wird durch folgende Überschrift ersetzt:

„Förderung von Elektromobilität in der Landeshauptstadt Schwerin“

2.) Der Beschlusstext wird durch folgenden Text ersetzt:

„Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, zu prüfen, welche Beiträge die Stadtverwaltung, die städtischen Unternehmen und andere Akteure gemeinsam leisten können, um die Elektromobilität in der Landeshauptstadt zu fördern. Unter anderem sollen folgende Maßnahmen geprüft werden:

- Weitere beschleunigte Verbesserung der Infrastruktur für den Radverkehr durch alle Nutzergruppen, denn die heutige Elektromobilität auf der Straße ist praktisch gleichbedeutend mit Pedelec! Bislang sind die drei potentiellen Ost-West-Hauptachsen Wittenburger Berg, Lübecker Straße und Franz-Mehring-Straße kaum für Fahrrad oder Pedelec geeignet.
- Zügige Genehmigung von öffentlich zugänglichen, privat finanzierten und betriebenen Stromtankstellen für Pedelecs (z.B. vor Cafes, in Hotels usw.) und ggf. Elektroautos; Beschaffung oder Erarbeitung von leicht verständlichen Empfehlungen: Was ist zu beachten bei der Einrichtung von Stromtankstellen für Pedelecs und Elektroautos?
- Beschaffung von Hybrid- und Elektrofahrzeugen für die Fuhrparks der Stadtverwaltung und der kommunalen Unternehmen;
- Zusammenarbeit mit Akteuren, die bereits in Sachen Elektromobilität aktiv sind (z.B. pilot tours, movelo; praktisch alle Fahrradgeschäfte, Hochschule Wismar); Ermunterung von Anbietern zur Demonstration von Pedelecs und Elektroautos im Rahmen publikumswirksamer Veranstaltungen (Altstadtfest, autofreier Sonntag)
- Beitritt zum kommunalen Netzwerk „MV - Bike“

Begründung:

Am 18. 05. 2011 hat die Bundesregierung das „Regierungsprogramm Elektromobilität“ vorgestellt. Es beruht stark auf dem am 16.05. vorgelegten zweiten Bericht der „Nationalen Plattform Elektromobilität“ (NPE), auf der sich im Wesentlichen die führenden Konzerne aus Automobil- und Elektrizitätswirtschaft sowie Forschungseinrichtungen zusammen mit den vier zuständigen Bundesministerien (Wirtschaft, Verkehr, Forschung, Umwelt) versammeln. Die Projekte zeigen deutlich: Elektromobilität ist mehr als nur der einfache Austausch der Antriebsenergie. Sie hat Auswirkungen auf das gesamte Verkehrssystem und die Stadtplanung. (...) Individuelle und kollektive Mobilität können mit Elektrofahrzeugen ideal verzahnt werden. Deshalb ist auch die Stadtplanung gefragt: Sie muss Rahmenbedingungen für die Schaffung von Infrastruktur setzen, etwa für Stellplätze und Ladepunkte für elektrische Car – Sharing - Fahrzeuge. Nutzungsanreize wie die Mitnutzung von Busspuren oder reservierte Parkplätze für Elektrofahrzeuge müssen rechtlich ermöglicht werden, damit sie von den Stadtverwaltungen umgesetzt werden können. Hier wird die Bundesregierung mithelfen, indem sie Rechtsgrundlagen schafft, Prozesse beschleunigt und neue Rahmenbedingungen setzt. (...) S.7 ff. Einleitung Regierungsprogramm.

Der zusätzliche Bedarf an elektrischer Energie in diesem Sektor ist durch Strom aus Erneuerbaren Energien zu decken. Vorrangig sollte dafür der anderweitig nicht nutzbare Strom aus fluktuierenden Erneuerbaren Energien im Rahmen des Lastmanagements durch Elektromobilität genutzt werden. Für den darüber hinaus gehenden Strombedarf für Elektromobilität sind weitere Ausbaupotentiale der Erneuerbaren Energien zu erschließen. Ein zentraler Aspekt: Eine intelligente Einbindung von Elektrofahrzeugen in die Stromnetze kann die Netzstabilität sogar erhöhen und gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz und zu einer nachhaltigen Energiepolitik liefern. Der Zugang zu den Stromnetzen soll diskriminierungsfrei und bedarfsgerecht geregelt werden. (...)

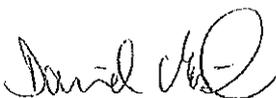
Die Bundesregierung erkennt auch die großen Potenziale der Elektromobilität im Zweiradbereich. Hier gibt es bereits jetzt Zuwachsraten, und auch deutsche Hersteller nutzen ihre Chancen. Diese Entwicklung ist für Umwelt und Stadtentwicklung positiv, insbesondere wenn elektrisch betriebene Zweiräder Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor ersetzen. Außerdem strebt die Bundesregierung an, dass die benötigte Elektrizität aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen wird. Bis 2050 soll der urbane Straßenverkehr überwiegend mit regenerativen Energieträgern realisiert werden. [Diese Forderung stammt aus dem EU-Weißbuch Verkehr.] Über geeignete Maßnahmen zur Herausbildung eines Volumenmarktes in der dritten Phase der Umsetzung des „Nationalen Entwicklungsplans“ ab 2017 sowie für die Zeit nach 2020 wird die Bundesregierung beizeiten befinden.

Schon jetzt werden Industrie, Wissenschaft und Politik zum Dialog über die gesellschaftlichen Implikationen der Elektromobilität und ihre Einbettung in eine Gesamtstrategie für den Klima schonenden, energieeffizienten und nachhaltigen Verkehr von Personen und Gütern aufgerufen. Dabei sind die im Wandel befindlichen Mobilitätsbedürfnisse künftiger Generationen besonders zu beachten.

<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/industrie,did=390612.html> (Regierungsprogramm)

<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Service/publikationen,did=389720.html> (Nationale Plattform)

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2011/05/2011-05-16-elektromobilitaet-elektroautos.html> (allgemeine Info)



Daniel Meslien und Fraktion